

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Ausschuss für Generationen, Gleichstellung und Soziales –
öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 10.11.2025
Raum: Ratssaal des Rathauses, Sophienstr. 27, 26180 Rastede
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:17 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr stv. BM Horst Segebade SPD

ordentliche Mitglieder

Herr Michael Fierkens CDU bis 18:13 Uhr

Frau Sylke Heilker CDU

Herr stv. BM Kai Küpperbusch CDU

Herr Wolfgang Salhofen CDU

Herr Dennis Eike SPD für Anne Brandt

Frau Silvia Heinemann SPD

Frau Kerstin Icken SPD

Herr Andreas Rump B90/Grüne

Frau Evelyn Fisbeck FDP für Christian Meyer-Hullmann

Herr Timo Merten parteilos

beratende Mitglieder

Frau Nicole Härtel öffentliche Jugendhilfe

Verwaltung

Herr Bürgermeister Lars Krause

Herr Stefan Unnewehr

Frau Sabine Meyer

Herr Dr. Stephan Meyn

Frau Meike von Häfen

Frau Anke Wilken

Gleichstellungsbeauftragte

Herr Ralf Kobbe

Protokoll

Gäste

Herr Jens Brünink UWG

Frau Britta Lübbers von der Rasteder Rundschau

sowie drei weitere Zuhörer

Entschuldigt fehlen:

ordentliche Mitglieder

Frau Anne Brandt SPD

Herr Christian Meyer-Hullmann FDP

beratende Mitglieder

Herr Jann Aden Seniorenbeirat

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 10.06.2025
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Gebühren Kindertagesstätten
Vorlage: 2025/186
- 6 Gebühren Kindertagesstätten - Antrag Bündnis 90/Die Grünen u. Gruppe UWG/Merten
Vorlage: 2025/187
- 7 Seniorenarbeit im Landkreis Ammerland - Antrag der SPD-Fraktion
Vorlage: 2025/173
- 8 Haushalt 2026 - Haushaltssatzung und Haushaltsplan
Vorlage: 2025/157
- 9 Anfragen und Hinweise
- 10 Einwohnerfragestunde
- 11 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Segebade eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Generationen, Gleichstellung und Soziales um 17:00 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Segebade stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 11 stimmberechtigte Mitglieder.

Auf Nachfrage von Herrn Merten hinsichtlich der ordnungsgemäßen Ladung mitsamt den entsprechenden Vorlagen erläutert Herr Kobbe, dass der Einladung zur Sitzung allein die Tagesordnung mit den zu behandelnden Gegenständen beizufügen ist (§ 59 NkomVG).

Herr Rump regt an, die Tagesordnungspunkte 5 „Gebühren Kindertagesstätten“ und 6. „Gebühren Kindertagesstätten – Antrag Bündnis 90/Die Grünen und Gruppe UWG/Merten gemeinsam zu beraten und anschließend separat darüber abzustimmen.

Seitens der Ausschussmitglieder wird dieses Vorgehen einvernehmlich befürwortet.

Herr Rump beantragt, Frau Hannelore Kleemiß, Mitglied im Jugendhilfeausschuss der Stadt Oldenburg, zu den Tagesordnungspunkten 5 und 6 als Sachverständige zu hören.

Der Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen angenommen.

Der Ausschuss für Generationen, Gleichstellung und Soziales beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 10.06.2025

Der Ausschuss für Generationen, Gleichstellung und Soziales beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Generationen, Gleichstellung und Soziales vom 10.06.2025 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen an den Bürgermeister gestellt.

Tagesordnungspunkt 5

Gebühren Kindertagesstätten

Vorlage: 2025/186

Sitzungsverlauf:

Hinweis: Entsprechend der unter Tagesordnungspunkt 2 einvernehmlich getroffenen Vorgehensweise, werden die Tagesordnungspunkte 5 „Gebühren Kindertagesstätten“ und 6. „Gebühren Kindertagesstätten – Antrag Bündnis 90/Die Grünen und Gruppe UWG/Merten gemeinsam beraten. Davon unberührt bleibt die separate Abstimmung zum jeweiligen Tagesordnungspunkt.

Frau Meyer stellt anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt ist, noch einmal die wesentlichen Inhalte der Beschlussvorlage vor, wobei sie insbesondere auf die Vorgaben aus der Politik, die verschiedenen Berechnungsmodelle zur Erhebung der Elternentgelte sowie das mit einem geringen Verwaltungsaufwand verbundene favorisierte Verfahren zur Entgeltberechnung eingeht.

Auf Nachfrage von Herrn Rump hinsichtlich des auch im Ammerland häufig verwendeten umfangreicheren Stufenmodells auf Grundlage des Brutto-Einkommens erläutert Frau Meyer, dass in den entsprechenden Kommunen mehr Personal für die Aufgaben zur Verfügung steht und die Gemeinde Rastede hierfür zusätzliches Personal einstellen müsste, was aktuell nur schwer zu rekrutieren ist.

Frau von Häfen ergänzt, dass die Berechnungen in der Gemeinde Rastede derzeit für 195 Kinder in den Krippen vorgenommen werden müssten.

Auf weitere Anfrage von Frau Fisbeck legt Frau Meyer dar, dass auch die Geschwisterregelung im Rahmen der zu erarbeitenden Satzung neu gefasst werden muss, da der Punkt in der Ratssitzung am 30. Juni zurück in die Fraktionen verwiesen wurde.

Frau Fisbeck begrüßt den Ansatz, den Eltern grundsätzlich zu vertrauen und die Beitragsberechnung so einfach wie möglich zu gestalten. Vor diesem Hintergrund unterstützt sie den relativ einfach zu handhabenden Vorschlag der Verwaltung, der zudem zum Bürokratieabbau beitragen kann.

Herr Merten moniert, dass beim Vorschlag der Verwaltung voraussichtlich rund 40 Prozent der Eltern in der obersten Stufe eingestuft werden würden, was keine echte soziale Staffelung ist. Vor diesem Hintergrund spricht er sich für das Oldenburger Modell aus, wobei er hinsichtlich des Verwaltungsaufwands vorschlägt, den Eltern bei der Selbsteinstufung zu vertrauen und nur punktuelle Prüfungen durchzuführen.

Herr Segebade und Frau Heilker unterstützen den Vorschlag der Verwaltung ausdrücklich und bemerken übereinstimmend, dass der Verwaltungsaufwand möglichst gering sein sollte und es äußerst schwierig werden würde, zusätzliches Personal für die erforderlichen komplexen Berechnungen beim Oldenburger Modell zu finden.

Herr Segebade weist darauf hin, dass die Samtgemeinde Tostedt einen scheinbar einfachen Gebührenrechner auf der Homepage im Einsatz hat, der gegebenenfalls auch für die Gemeinde Rastede interessant sein könnte.

Herr Rump bittet darum, nicht nur die Sichtweise der Verwaltung zu erörtern, sondern auch der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe UWG/Merten die Möglichkeit zu eröffnen, ihren Antrag und die Beweggründe für die Antragstellung vorzustellen.

Herr Rump stellt nachfolgend den eingereichten Antrag vor, wobei er unter anderem darauf hinweist, dass die Antragstellung erfolgt ist, um nach nunmehr 22 Monaten die Thematik endlich zu Ende zu bringen und den Eltern die Ungewissheit über die künftige Gebührenstruktur zu nehmen. Er bestreitet im weiteren Verlauf den von der Verwaltung skizzierten höheren Verwaltungsaufwand und befürwortet ebenso wie Herr Merten die Einführung des Oldenburger Modelle, da es durch die Berücksichtigung aller Einkunftsarten (§ 2 EStG, z. B. aus Vermietung, Verpachtung, selbstständiger Arbeit) sozial gerechter ist. Dessen ungeachtet werden bei diesem Modell auch die Besserverdienenden stärker mit einbezogen und einer sachgerechten Einkommensstaffel zugeordnet. Darüber hinaus führt er aus, dass alle Familien, die Sozialleistungen beziehen, in der zweiten Gruppe eingestuft und die Kosten dem Landkreis Ammerland in Rechnung gestellt werden sollten.

Herr Rump erkundigt sich bei der benannten Sachverständigen, Frau Kleemiß, wie hoch der Verwaltungsaufwand für die Berechnung der Kindertagesstättengebühren bei der Stadt Oldenburg tatsächlich ist.

Frau Kleemiß führt aus, dass die Stadt Oldenburg zwei Stellen (57 Wochenstunden) benötigt, um rund 1200 Kinder in den städtischen Kindertagesstätten zu „bewirtschaften“, wovon für ca. 240 Kinder (Krippe/Hort) eine Einkommensprüfung vorgenommen werden muss. Sie erklärt, dass die Selbsteinschätzung der Eltern und die Beitragsfreiheit der unteren Einkommensstufen dazu beitragen, den Aufwand zu reduzieren. Dessen ungeachtet beträgt der von den Eltern getragene Kostenbeitrag in der Stadt Oldenburg lediglich 11 Prozent.

Frau Meyer weist darauf hin, dass die Oldenburger Einrichtungen in freier Trägerschaft noch eigenes Personal vorhalten, um die erforderlichen Berechnungen für ihre Kindertagesstätten vornehmen zu können.

Auf Nachfrage von Herrn Rump erklärt Frau Meyer, dass der Kostendeckungsgrad in der Gemeinde Rastede in den vergangenen Jahren bei rund 22 Prozent lag.

Bürgermeister Krause betont, dass der politische Auftrag darin bestand, ein schlankes, entbürokratisiertes Modell zu entwickeln, dass eine 25-prozentige Kostenbeteiligung durch die Eltern zum Inhalt hat.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt der Ausschussvorsitzende Herr Segebade über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage der in der Sach- und Rechtslage dargestellten Tabelle 2, eine Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Kindertagesstättenplätzen, mit Wirkung zum 01.08.2026, für die Gemeinde Rastede zu erarbeiten.

Die Zuordnung zur Gebührenstufe erfolgt aufgrund des ermittelten monatlichen Netto-Einkommens mit zwölf multipliziert. Selbständig Tätige haben einen Nachweis in geeigneter Form vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	2
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 6

Gebühren Kindertagesstätten - Antrag Bündnis 90/Die Grünen u. Gruppe UWG/Merten
Vorlage: 2025/187

Sitzungsverlauf:

Es wird auf die Beratung unter Tagesordnungspunkt 5 verwiesen.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Beschlussempfehlung:

Dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Gruppe UWG/Merten auf Neufassung der Beitragssatzung für die Entgelte zur Nutzung von Kindertagesstätten in der Gemeinde Rastede zum 01.01.2026 wird nicht entsprochen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	2
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 7

Seniorenarbeit im Landkreis Ammerland - Antrag der SPD-Fraktion Vorlage: 2025/173

Sitzungsverlauf:

Herr Segebade stellt, nachdem er kurzzeitig die Sitzungsleitung an Frau Icken übergeben hat, eingangs noch einmal kurz den Antrag vor und weist darauf hin, dass es zunehmend wichtiger wird, sich mit der stetig wachsenden und derzeit bereits stärksten Bevölkerungsgruppe der älteren beziehungsweise lebenserfahrenen Menschen zu befassen. Ziel des Antrags ist es, angesichts personeller Veränderungen in der Seniorenarbeit des Landkreises Ammerland die neue Amtsleiterin der Koordinierungsstelle für Migration und Demografie in die nächste Sitzung einzuladen, um ein Bild von den Bedarfen und Unterstützungsmöglichkeiten auf Gemeindeebene zu erhalten.

In der nachfolgenden kurzen Diskussion befürworteten die Fraktionen eine Fokussierung auf die Seniorenarbeit, insbesondere auf Themen wie Barrierefreiheit und Wohnen, und erinnern an den früheren „Seniorenplan Ammerland“, der seinerzeit wichtige Impulse für die Seniorenarbeit liefern konnte.

Beschlussempfehlung:

Dem Antrag der SPD-Fraktion wird zugestimmt. Frau Thieme, Amtsleiterin der Koordinierungsstelle für Migration und Demografie beim Landkreis Ammerland, wird zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Generationen, Gleichstellung und Soziales eingeladen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 8

Haushalt 2026 - Haushaltssatzung und Haushaltsplan Vorlage: 2025/157

Sitzungsverlauf:

Frau von Häfen stellt zu Beginn der Beratung für den Geschäftsbereich 2 anhand einer Präsentation (Anlage 2 zur Niederschrift) die wesentlichen Produkte im Bereich im TH 5_011 Kinder, Jugend und Familienhilfe (Kindergärten und Horte) vor, wobei sie insbesondere darauf hinweist, dass sich die Ansätze für 2026 weitestgehend an 2025 orientieren und die Ausgaben von den Personalkosten dominiert werden. Im Übrigen fließen für die elf Kitas in fremder Trägerschaft Zuschüsse in Höhe von rund 4,9 Mio. Euro.

Herr Fierkens verlässt um 18:13 Uhr den Sitzungssaal, sodass nunmehr zehn stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses für Generationen, Gleichstellung und Soziales anwesend sind.

Herr Unnewehr stellt anschließend anhand einiger Folien für den Geschäftsbereich 1 die Plandaten für die Liegenschaftsverwaltung (TH 4_01) dar. Die einzelnen Folien hierzu sind als Anlage 3 der Niederschrift beigelegt. Hinsichtlich der geplanten Investitionen legt er dar, dass die Umplanung auf Massivbauweise beim Anbau des Kindergartens in Loy weitestgehend abgeschlossen ist, jedoch es aktuell Probleme mit den Höhenprofilen und der Entwässerung des Geländes gibt, was gegebenenfalls zu einer Verzögerung der Maßnahme führen kann. Darüber hinaus bemerkt er zum Neubau des Kindergartens in Kleibrok, dass die ursprüngliche Verpflichtungsermächtigung von 1,45 Mio. für 2026 im aktuellen Haushaltsplan auf 1,55 Mio. aufgestockt wurde, um die Kosten für die beschlossene umfangreichere Gestaltung der Außenanlagen und des Verkehrsbereichs decken zu können.

Im weiteren Verlauf der Haushaltsberatung gehen die Mitglieder des Ausschusses für Generationen, Gleichstellung und Soziales einzelne Positionen durch. Es werden einige Verständnisfragen zu einzelnen Positionen gestellt und geklärt.

Nachfolgend genannte Themenbereiche werden näher erörtert:

Flüchtlingsunterbringung

Auf Nachfrage von Frau Fisbeck erläutert Frau Meyer hinsichtlich der Flüchtlingssituation, dass derzeit vermehrt ukrainische Familien zugewiesen werden, die unter anderem auch in der neuen Flüchtlingsunterkunft an der Tannenkrugstraße untergebracht werden. Dessen ungeachtet muss die Gemeinde Rastede entsprechend der halbjährlich bekannt gegebenen Zuweisungsquote in nächster Zeit weitere 70 Geflüchtete aufnehmen.

Frau Icken erkundigt sich, wie viele Personen aktuell in der Flüchtlingsunterkunft an der Tannenkrugstraße untergebracht sind.

Hinweis: Aktuell ist die Flüchtlingsunterkunft an der Tannenkrugstraße mit zehn Personen belegt. In den kommenden Wochen werden vermehrt Geflüchtete aus der Ukraine erwartet, die unter anderem ebenfalls dort untergebracht werden sollen.

Wahnbeker Kindertreff I

Auf Anfrage von Herrn Rump erläutert Frau von Häfen, dass es für den Mitte 2026 auslaufenden Mietvertrag für das Kita-Gebäude in der Jadestraße (Wahnbeker Kindertreff I) eine Verlängerungsoption gibt, von der die Verwaltung auch Gebrauch machen wird. Die Verlängerung des Mietvertrags ist als Geschäft der laufenden Verwaltung zu sehen, sodass eine Beteiligung der politischen Gremien nicht vorgesehen ist.

Herr Segebadé bittet darum, dem Verwaltungsausschuss zu gegebener Zeit eine Information über den aktuellen Sachstand zu geben.

Erweiterung Kindergarten Loy

Herr Rump hinterfragt vor dem Hintergrund der 93 freien Kindergartenplätze (Stand 01.10.2025) im Gemeindegebiet, ob der 1,4 Mio. Euro teure Anbau beim Kindergarten Loy für zehn zusätzliche Kita-Plätze noch erforderlich ist.

Frau Meyer führt aus, dass die Ermittlung der freien Kindergartenplätze für die Haushaltsberatungen schon sehr früh erfolgte und nicht die aktuelle Situation widerspiegelt. Eine entsprechende Darstellung der aktuellen Zahlen ist unter Tagesordnungspunkt 9 „Anfragen und Hinweise“ vorgesehen.

Herr Segebadé führt aus, dass die Verwaltung in der Vergangenheit regelmäßig in den politischen Gremien tagesaktuelle Zahlen geliefert hat, wobei die Anzahl der freien Kita-Plätze im Verlauf eines Kindergartenjahres stetig zurückgegangen ist.

Beschluss:

Der erste Haushaltsentwurf 2026 wird auf Grundlage der Beratung im Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Digitales am 06.10.2025 zur Kenntnis genommen. Der Entwurf wird unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse des Ausschusses für Generationen, Gleichstellung und Soziales zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Digitales (01.12.2025) verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 9

Anfragen und Hinweise

Vereinsgebäude an der Mühlenstraße

Auf Nachfrage von Frau Icken erläutert Herr Unnewehr, dass das derzeit als Kindertagesstätte genutzte Vereinsgebäude an der Mühlenstraße nach Fertigstellung des Neubaus in Kleibrok zurückgebaut und den Vereinen wieder zur Verfügung gestellt wird.

Drohnenangriffe auf die kritische Infrastruktur

Herr Küpperbusch erkundigt sich, ob der Verwaltung Informationen vom Land oder Bund vorliegen, inwieweit die kritische Infrastruktur vor Drohnenangriffen zu schützen ist.

Bürgermeister Krause bemerkt, dass keine speziellen Informationen diesbezüglich vorliegen, jedoch in Zukunft verstärkt das Augenmerk auf das mögliche Gefährdungspotenzial gelegt werden muss.

Fläche an der Thoradestraße

Herr Rump bemerkt, dass die Fläche an der Thoradestraße augenscheinlich immer noch zum Verkauf steht. Er hinterfragt, ob und inwieweit neue Erkenntnisse hinsichtlich eines möglichen Ankaufs vorliegen.

Herr Unnewehr erklärt, dass sowohl der Eigentümer als auch die Immobilienfirma auf mehrfache Kaufofferten der Gemeinde Rastede bislang nicht reagiert haben. Derzeit wird nochmals versucht, eine erneute Kontaktaufnahme herzustellen, um auszuloten, ob gegebenenfalls nicht nur der Grundstücksstreifen, sondern das gesamte Grundstück gekauft werden kann.

Platzbelegung in den Kindertagesstätten

Frau Meyer führt aus, dass die Gemeinde Rastede derzeit 903 belegbare Plätze in 16 Kindertagesstätten zur Verfügung hat, wovon zum 01.10.2025 insgesamt 744 Plätze belegt waren. Die Aufnahme der Kinder erfolgt in der Regel in dem Monat, in dem das Kind drei Jahre alt wird, sodass fortlaufend neue Kinder in den Einrichtungen unterzubringen sind.

Zwischenzeitlich sind die letzten Vergaben für dieses Jahr erfolgt, wobei festzuhalten ist, dass allen Kindern ein Betreuungsangebot gemacht werden konnte, jedoch Einschränkungen hinsichtlich der Wunscheinrichtung und der Betreuungszeit hingenommen werden müssen. Über alle Einrichtungen hinweg sind aktuell lediglich 19 Plätze nicht vergeben, davon sind fünf Plätze im Kindergarten am Freibad und ein Platz im Waldkindergarten unbesetzt. Zu berücksichtigen ist zudem, dass derzeit vermehrt Zuweisungen von Geflüchteten mit Kindern erfolgen und aus dem Frauenhaus ebenfalls Kinder aufgenommen werden, die einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz haben.

Auf Nachfrage von Herrn Rump erklärt Frau Meyer, dass mit der Eröffnung der dreizügigen neuen Kita in Kleibrok und der nachfolgenden Schließung der zweizügigen Kita am Freibad künftig 928 Kita-Plätze zur Verfügung stehen, wobei allerdings bedacht werden muss, dass der sechszügige Kindergarten an der Mühlenstraße mittelfristig auf eine Fünfzügigkeit zurückgeführt werden soll.

Sporthalle Wilhelmstraße

Auf Anfrage von Frau Fisbeck erläutert Frau Meyer, dass die Sporthalle an der Wilhelmstraße grundsätzlich für den Sportbetrieb wieder zur Verfügung steht, jedoch die Sportgeräte noch überprüft und in die Halle zurückgebracht werden müssen.

Künftiger Bedarf an Kita-Plätzen

Frau Fisbeck führt aus, dass in den sozialen Medien zu lesen war, dass bundesweit der Bedarf an Kita-Plätzen zurückgehen wird. Sie hinterfragt ob dieser Trend, bei den weiteren Planungen der Verwaltung Berücksichtigung findet.

Bürgermeister Krause weist darauf hin, dass der Bedarf an Kita-Plätzen sehr individuell gesehen werden muss, da einerseits zahlreiche Kommunen einen deutlichen Bevölkerungsschwund verzeichnen müssen, während andere Regionen weiter boomen. So wird beispielsweise für das Ammerland, bis Mitte der 2030er ein weiterer Bevölkerungszuwachs prognostiziert, sodass mittelfristig nicht damit zu rechnen ist, dass der Betreuungsbedarf im Kita-Bereich sinkt.

Arbeitsbelastung durch die Flüchtlingszuweisungen

Auf Frage von Frau Heinemann betont Frau Meyer, dass der Fachbereich Arbeit und Soziales durch die fortlaufenden Flüchtlingszuweisungen einer sehr starken Arbeitsbelastung unterliegt. Inzwischen erfolgen die Zuweisungen mit nur noch zwei Tagen Vorlauf (statt ehemals einer Woche), was die Organisation von Unterkünften, Ausstattung, Dolmetschern und die Prüfung unterschiedlicher Rechtsbereiche (AsylbLG, SGB 2) extrem erschwert. Aufgrund des erweiterten Zeitaufwands mussten Einschränkungen bei den Öffnungszeiten des Sozialamtes vorgenommen werden.

Notunterkünfte

Auf Hinweis von Herrn Segebade bezüglich des jüngsten Großbrands im Lehmdermoor erklärt Frau Meyer, dass betroffene Personen aber auch Menschen, die von einer Zwangsräumung betroffen sind, genauso wie Geflüchtete auf die vorhandenen Unterbringungsmöglichkeiten verteilt werden.

Straßenbeleuchtung

Herr Rump informiert, dass ihm am vergangenen Samstag um 22 Uhr aufgefallen ist, dass die Straßenbeleuchtung im Hauptort großflächig ausgefallen ist.

Herr Unnewehr legt dar, dass die Straßenbeleuchtung mindestens bis Mitternacht in Betrieb sein sollte, sodass vermutlich ein durch Feuchtigkeit hervorgerufener technischer Defekt Ausfallursache war.

Herr Rump bittet zu prüfen, ob und inwieweit eine Straßenbeleuchtung von der Tannenkrugstraße über den Brombeerweg bis zur Bushaltestelle an der Oldenburger Straße installiert werden kann, um die Sicherheit der Fußgänger, insbesondere im Hinblick auf die Belegung der neuen Flüchtlingsunterkunft, zu erhöhen.

Tagesordnungspunkt 10

Einwohnerfragestunde

Herr Segebade weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an den Bürgermeister zu richten. Es folgen zwei Anfragen von Einwohnerinnen, die vom Bürgermeister beantwortet werden. Folgende Anliegen werden inhaltlich thematisiert:

- Ersatzschaukel für den Kindergarten Mühlenstraße
- Beratende Mitgliedschaft im Ausschuss für Generationen, Gleichstellung und Soziales

Tagesordnungspunkt 11

Schließung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Segebade schließt die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Generationen, Gleichstellung und Soziales um 19:17 Uhr.